

POSITIONEN UND FORDERUNGEN DES BUNDESELTERNNETZWERKES DER MIGRANTENORGANISATIONEN FÜR BILDUNG UND TEILHABE, BBT

WER SIND WIR UND WAS MÖCHTEN WIR ERREICHEN?

Das bbt als Dachverband und Sprachrohr für Eltern mit Migrationsgeschichte hat die Vision von einer Schule, die allen Kindern gleiche Chancen bietet, unabhängig von ihrer Herkunft oder sozialen Stellung, damit sie einen ihrem Potenzial entsprechenden Bildungserfolg erreichen können.

Der Gleichheitsgrundsatz ist im Grundgesetz verankert, und damit ist die Frage des Bildungserfolges eine der zentralen Fragen für Chancengleichheit in Deutschland.

Die Mitglieder des Bundeselternnetzwerks der Migrant*innenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt), also Migrant*innen- und insbesondere Elternorganisationen, arbeiten aktiv daran, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch politische Aufklärung, Sensibilisierung für Vielfalt und Vermittlung der Werte einer inklusiv-partizipativen demokratischen Gesellschaft zu unterstützen. Damit tragen sie dazu bei, Bildung und Schule neu zu gestalten.

Das bbt betreibt eine Geschäftsstelle in Berlin und sichert die regionale Anbindung durch fünf Regionalstellen ab. Die Förderung dieser Struktur ist allerdings fragil und rein projektbezogen.

DIE SITUATION

Die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung und Verbesserung des deutschen Bildungssystems wird in Politik und Gesellschaft weitgehend befürwortet und wurde im Angesicht der pandemischen Lage weiter forciert.

Die während der Corona-Pandemie entstandenen bzw. stärker hervorgetretenen Herausforderungen und Probleme zeigen deutlich, wie wenig angemessen unsere Bildungssysteme mit Krisen und plötzlich auftretenden Veränderungen umgehen können. Die Verantwortlichen waren von der Situation überfordert. Im Gegensatz dazu haben einige Migrant*innenorganisationen schnell, effizient und professionell reagiert, in kürzester Zeit ihre Angebote auf Online-Plattformen verlagert und mithilfe von Ehrenamtlichen zusätzliche digitale Unterstützungsangebote für Pädagog*innen, Eltern und Schüler*innen geschaffen. Dieser Umstand verdeutlicht die großen, noch lange nicht ausgeschöpften gesellschaftlichen Potenziale von demokratischen Migrant*innenorganisationen. Aktivitäten von politisch kompetenten Elternorganisationen gleichen vorliegende soziale Ungleichheit und Defizite aus und schaffen für Kinder mit Migrationshintergrund neue Chancen auf soziale Mobilität.

Den Eltern fehlen aber oft basale Informationen zum Schul- und Bildungssystem, dessen Komplexität ohne gezielte Vermittlung und Unterstützung kaum zu durchschauen ist. Zugleich nehmen sie Angebote zur Beteiligung in den Institutionen seltener wahr. Mangelnde Kenntnisse des deutschen Systems, der eigenen Rechte und der Rechte der Kinder sowie in den Herkunftsländern geprägte Vorstellungen von Schule und Bildung, aber auch eigene negative Erfahrungen im deutschen Bildungssystem und Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen können dazu beitragen, dass Eltern sich ausgegrenzt fühlen und sich in der Folge distanzieren. Die Forschung weist darauf hin, dass diese Eltern einen größeren Bildungserfolg für ihre Kinder

anstreben, aber sie empfinden sich oft nicht als gleichberechtigte Partner*innen. Es entsteht das Gefühl, die Schule sehe die Bringschuld überwiegend bei den Familien und wirke den Lernschwierigkeiten der Kinder nicht ausreichend entgegen.

FORDERUNGEN

Das bbt möchte konkrete positive Veränderungen erreichen, um der strukturellen Benachteiligung von Schüler*innen und Eltern mit Einwanderungsgeschichte entgegenzuwirken und die erfolgreiche Arbeit für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit weiterzuführen.

Im Namen der Migrantenorganisationen, Eltern und Kinder stellt das bbt folgende Forderungen auf:

1. STRUKTURELLE STÄRKUNG DER MIGRANTEN- UND ELTERNORGANISATIONEN UND FÖRDERUNG DER DEMOKRATISCHEN MIGRANTENORGANISATIONEN FÜR DIE GANZHEITLICHE UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN

Demokratisch aufgestellte Migranten- und insbesondere Elternorganisationen sind oft der erste Ansprechpartner für neu zugewanderte Eltern, die Schwierigkeiten haben, sich im deutschen System zurechtzufinden. Damit verfügen sie über einen exklusiven und vertrauensvollen Zugang zu Eltern und Familien, deren Teilhabe durch mangelnde Kenntnisse des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland erschwert ist. Diese Zielgruppen gelten weitgehend als „schwer erreichbar“. Insbesondere an der Schnittstelle zwischen herkunfts- und armutsbedingten Defiziten bieten sich weitreichende Unterstützungsmöglichkeiten und ein Ansatz, gesellschaftliche Problemlagen lösen zu helfen. Die Organisationen unterstützen die Eltern und Familien in Bezug auf den Bildungsweg und die gesellschaftliche Teilhabe ihrer Kinder sowie hinsichtlich weiterer familiärer Problemlagen, meist im Rahmen aufopferungsvoller ehrenamtlicher Tätigkeit, während professionelle Angebote der Unterstützung oft für Migrant*innen kaum zugänglich sind. Sie übernehmen viele Aufgaben, die in den Bereich kommunaler Pflichtaufgaben fallen, unentgeltlich und leisten damit einen bisher wenig wertgeschätzten Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: sie unterstützen Familien ganzheitlich und oft über einen langen Zeitraum hinweg, bieten psychosoziale Unterstützung und helfen in allen möglichen Lebenslagen.

Daher müssen diese Organisationen strukturell gestärkt werden, damit

- a) Migrantenorganisationen sich professionalisieren und strukturell verankern können, um Angebote der Unterstützung für Familien selbst wahrnehmen zu können, anstatt die Familien lediglich an die Fachdienste weiterzuverweisen. Migrantenorganisationen sollten unterstützt werden, Angebote wie Familien- und Erziehungsberatung, psychosoziale Beratung, Sozialberatung, Schullaufbahnberatung etc. aufbauen zu können und damit zielgruppengerechte Angebote auszubauen.
- b) die Zugänglichkeit sämtlicher Unterstützungsangebote für Familien mit Einwanderungsgeschichte erleichtert wird, und zwar in Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, Elternvereinen und Selbsthilfenetzwerken (siehe „Elternsein in Deutschland“, 9. Familienbericht in Kurzfassung, S. 26). Die interkulturelle Öffnung der

Regeldienste und die Erweiterung der finanziellen Grundlage für migrationssensible Unterstützungsangebote sind weiter notwendig.

2. NEUE UNTERSTÜTZUNGS- UND BETEILIGUNGSMODELLE FÜR ELTERN UND AUFSTELLEN VON QUALITÄTSSTANDARDS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT ELTERN!

Die Elternbeteiligung im deutschen Bildungssystem, sowohl im vorschulischen als auch im schulischen Bereich, ist zwar gewünscht und gesetzlich festgelegt, wird aber unzureichend umgesetzt. Bei der Konzipierung und Schaffung neuer Unterstützungsmodelle für Eltern mit Einwanderungsgeschichte besteht das bbt auf der Berücksichtigung folgender Punkte:

- a. Die Elternunterstützung soll vornehmlich durch hauptamtliche Kräfte erfolgen (ähnlich den Schulsozialarbeiter*innen), die durch ihre Tätigkeit sowohl alle Eltern bei ihren Fragen und Bedarfen als auch die aktiven Ehrenamtlichen (Eltern) unterstützen.
- b. Eine Verstetigung durch nachhaltige Finanzierung und keine ausschließliche Arbeit auf Projektbasis.
- c. Die Elternunterstützung braucht „geschützte Räume“ zum Austausch, die von den Institutionen garantiert werden. Hierzu gehört auch eine Verlässlichkeit der Angebote, z.B. durch regelmäßige Sprechstunden.
- d. Eltern mit Einwanderungsgeschichte bzw. Rassismuserfahrungen sollen sich vermehrt in Elternbeiräten und -vertretungen beteiligen. Wirksame Maßnahmen sollen dies fördern.
- e. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit müssen bedarfsorientierte regelmäßige Angebote geschaffen werden, die auch Sprachmittlung sowie Informationen über die Rechte, Beteiligungsmöglichkeiten und Pflichten der Eltern beinhalten.

Ehrenamtliche Eltern- und Bildungslots*innen leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Zusammenarbeit mit Eltern. Deren Qualität setzt Mindeststandards für die Schulung und Begleitung der Eltern- und Bildungslots*innen zu Themen wie u.a. Moderationstechniken, Mediation, deutsches Bildungssystem (insbesondere auf Länderebene) voraus.

3. EINRICHTUNG VON BESCHWERDESTELLEN FÜR DISKRIMINIERUNGSFÄLLE IM RAHMEN EINER GESAMTSTRATEGIE GEGEN ALLE FORMEN VON DISKRIMINIERUNG UND RASSISMUS! DISKRIMINIERENDES UND RASSISTISCHES HANDELN IN DEN BILDUNGSEINRICHTUNGEN MUSS KONSEQUENZEN HABEN!

Lokale und regionale Beschwerdestellen müssen flächendeckend geschaffen werden, um konkrete Fälle von Diskriminierung und Rassismus im Bildungsbereich gezielt zu bearbeiten und das Vertrauen benachteiligter Gruppen in das deutsche Bildungssystem zu stärken bzw. wiederherzustellen. Darüber hinaus müssen Bildungseinrichtungen und Ämter im Bildungsbereich eine umfassende Strategie gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus mit konkreten, messbaren und sanktionierbaren Maßnahmen im Sinne der Erklärung und des Aktionsplans der Weltkonferenz gegen Rassismus von Durban (Durban Declaration and Program of Action/DDPA) mit aktiver Mitwirkung der Eltern, Elternvertretungen sowie Migranten- und Elternorganisation erarbeiten, umsetzen und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit prüfen. Hierzu gehört u.a. die Förderung der vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung als inklusives Praxiskonzept in

Bildungseinrichtungen sowie die Darstellung und Berücksichtigung von Vielfalt und Diversität in Schulbüchern.

Verstöße gegen die UN-Kinderrechtskonvention im Hinblick auf Rassismus und Diskriminierung sollten sanktioniert werden. Bislang sieht das Strafrecht ebenfalls nicht vor, dass Lehrer*innen wegen rassistischer Äußerungen bzw. Verhalten im Unterricht strafrechtlich belangt werden können. Eine Überarbeitung des AGG ist notwendig, wobei die Erklärung und der Aktionsplan der Weltkonferenz gegen Rassismus (DDPA) als Grundlage dienen sollten.

4. FÖRDERUNG DER MEHRSPRACHIGKEIT UND SPRACHFÖRDERUNG IN DER SCHULE!

In der Bildung soll Mehrsprachigkeit für alle Sprachen gefördert werden. Hierfür ist es notwendig, das Sprachangebot zu erweitern, damit mehrsprachige Kinder die Möglichkeit haben, ihre Erfolgchancen durch ihre Muttersprache(n) zu erhöhen. Darüber hinaus soll Informationsmaterial über Mehrsprachigkeit bzw. bilingualen Spracherwerb den Eltern und Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden, das dem Empowerment der Kinder und Eltern mit Einwanderungsgeschichte dienen soll.